



AFra_HM-PY * Bergstr. 53 * 31840 Hessisch Oldendorf

Landrat des Kreises Hameln-Pyrmont
Herrn Dirk Adomat
Süntelstraße 9
31785 Hameln

AfD-Fraktion im
Kreistag Hameln-Pyrmont

c/o Dr. Schönbrodt
Bergstr. 53
31840 Hessisch Oldendorf

Mobil 0152-07605025

Dringlichkeitsantrag gem. §7 der Geschäftsordnung des Kreistages

„Einrichtung Beratungsstelle für Bürger mit Impfnebenwirkungen & Impffolgeschäden“

Die AfD-Fraktion stellt folgenden Antrag für die nächste Kreistagsitzung.

Beschlussvorschlag:

- 1) Der Kreistag beauftragt die Kreisverwaltung mit der Einrichtung einer zentralen Anlauf- und Beratungsstelle für Bürger mit Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden. Das Angebot umfasst die Erfassung, Beratung, begleitende Überweisung in die ärztliche Behandlung und Dokumentation des Behandlungs- / Krankheitsverlaufs.
- 2) Die Beratungsstelle wird befristet auf zwei Jahre eingerichtet. Im Falle einer Verlängerung oder Neuaufgabe der staatlichen Corona-Impfkampagne wird die Beratungsstelle nach Ablauf automatisch um ein weiteres Jahr verlängert.
- 3) Wir empfehlen, diese Beratungsstelle beim Gesundheitsamt einzurichten, sowie Art und Anzahl der Fälle in das Berichtswesen aufzunehmen und zu veröffentlichen.

Begründung:

Impfungen unterliegen immer einer spezifischen und individuellen Risiko-Nutzen-Analyse, deren persönliche Abwägung mit wachsender empirischer Evidenz zur besseren Gesundheitsprävention beitragen kann. Aufgrund besonderer gesellschaftspolitischer Dynamik und vereinfachten bzw. verkürzten Notzulassungen der Corona-Impfstoffe, ist die bisherige Infrastruktur zur Erfassung, Analyse und Behandlung von Impffolgen ungenügend. Laut Paul-Ehrlich-Institut (PEI) haben 0,02% der Corona-Geimpften schwere Impfschäden, wie z.B. eine Herzmuskelentzündung, erlitten.

Erhebungen in anderen Staaten erkennen ca. 1% Nebenwirkungen, was auf eine strukturelle Untererfassung in Deutschland von erheblichem Ausmaß hinweist. Auch Prof. Dr. Harald Matthes von der Berliner Charité geht aktuell davon aus, dass mindestens 0,8% von schweren Impfnebenwirkungen betroffen sind, also 40fach höher als vom PEI ausgewiesen. Matthes fordert deshalb mehr Anlaufstellen für Betroffene. Der Staat steht hier aufgrund seiner gesetzgeberischen Rolle im sogenannten Corona-Management, der einrichtungsbezogenen Impfpflicht und dem impliziten Impfdruck auf die Gesellschaft ganz besonders in der Verantwortung, diesen Menschen nicht nur Gehör zu gewähren, sondern auch aktiv Hilfe zu leisten.

Hameln, den 07.03.2023

gez. Dr. Schönbrodt und Fraktion